

Soziale Eingliederung von Migranten in der EU28

Für Nicht-EU-Bürger war die Wahrscheinlichkeit von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht zu sein im Jahr 2013 doppelt so hoch wie für Staatsbürger

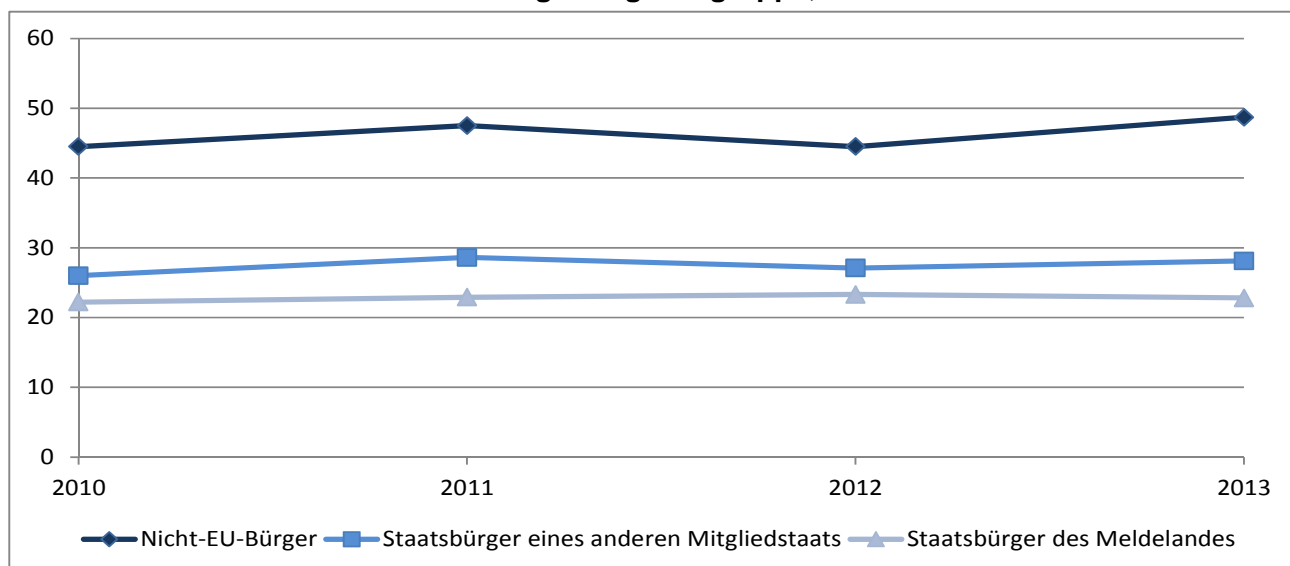
Im Jahr 2013 war nahezu die Hälfte (48,7%) der Nicht-EU-Bürger im Alter von 18 Jahren oder älter in der **EU28** von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht¹, während die Quoten für Staatsbürger des jeweiligen Meldelandes (im Folgenden als "Staatsbürger" bezeichnet) sowie für Staatsbürger eines anderen EU-Mitgliedstaates weitaus geringer waren (22,8% bzw. 28,1%).

Ein sehr ähnliches Muster zeigte sich für die Quote der erheblichen materiellen Deprivation², die eine der drei Komponenten der Armutsgefährdung und sozialen Ausgrenzung ist. Im Jahr 2013 war jeder fünfte Nicht-EU-Bürger im Alter von 18 Jahren oder älter (20,7%) in der **EU28** von erheblicher materieller Deprivation betroffen. Dies bedeutet, dass ihre Lebensbedingungen auf Grund von fehlenden Mitteln eingeschränkt waren, bspw. dass sie nicht in der Lage waren, ihre Rechnungen zu bezahlen, ihre Wohnung angemessen zu heizen oder einen einwöchigen Jahresurlaub weg von zu Hause zu finanzieren. Für Staatsbürger betrug diese Quote 8,9% und für Staatsbürger eines anderen EU-Mitgliedstaats war sie sogar niedriger (7,4%).

In Bezug auf die Wohnverhältnisse lebte im Jahr 2013 fast ein Drittel (32,0%) der Nicht-EU-Bürger im Alter von 18 Jahren oder älter in der **EU28** in überbelegten Haushalten³. Im Vergleich dazu betrug diese Quote sowohl für Staatsbürger (15,3%) als auch für Staatsbürger eines anderen EU-Mitgliedstaates (15,6%) knapp über 15%.

Diese Informationen stammen aus einer Veröffentlichung⁴, die von **Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union**, herausgegeben wird. Diese Veröffentlichung beinhaltet Daten zu einem breiten Spektrum von Indikatoren zur sozialen Integration von Migranten, von denen nur ein kleiner Teil in dieser Pressemitteilung dargestellt wird. Indikatoren⁵ zur sozialen Integration von Migranten sind die zweite Veröffentlichungen in einer geplanten Reihe von Veröffentlichungen zur Integration, einschließlich Arbeitsmarktintegration und Ausbildung.

Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen in der EU28, nach Staatsangehörigkeitsgruppe, 2010-2013



Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen am höchsten für Nicht-EU-Bürger in Griechenland und Belgien

In allen EU28-Mitgliedstaaten, für die vergleichbare Daten vorliegen⁶, war die Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Nicht-EU-Bürger im Alter von 18 Jahren oder älter höher als die der Staatsbürger. In **Griechenland** (72,1%), **Belgien** (68,4%), **Spanien** (59,5%), **Frankreich** (55,8%), **Kroatien** (53,2%), **Portugal** (51,7%) und **Slowenien** (50,6%) war mindestens die Hälfte der Nicht-EU-Bürger im Alter von 18 Jahren oder älter von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Die niedrigsten Raten wurden in der **Tschechischen Republik** (30,8%) und in **Malta** (31,4%) verzeichnet.

Personen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, nach Staatsangehörigkeitsgruppe, 2013 (Bevölkerung im Alter von 18 Jahren oder älter)

	Staatsbürger des Meldelandes (Staatsbürger)	Nichtstaatsangehörige	davon:	
			Staatsbürger eines anderen EU Mitgliedstaates	Nicht-EU-Bürger
EU28	22,8	40,0	(28,1)	48,7
Belgien	18,4	41,2	26,3	68,4
Bulgarien	47,4	(56,5)	:	(57,2)
Tsch. Republik	14,1	23,1	15,6	30,8
Dänemark	19,2	36,0	22,4	47,3
Deutschland	20,2	29,7	21,2	40,4
Estland	21,7	35,0	(16,0)	35,5
Irland*	28,8	29,0	:	:
Griechenland	32,6	68,0	49,3	72,1
Spanien	23,3	52,4	39,0	59,5
Frankreich	15,9	41,8	21,0	55,8
Kroatien	29,9	56,2	:	53,2
Italien	26,4	43,6	36,8	46,7
Zypern	25,5	40,7	37,0	46,3
Lettland	32,8	42,8	(17,2)	43,2
Litauen	29,8	(38,3)	:	(41,4)
Luxemburg	12,3	23,9	21,5	38,8
Ungarn	31,5	34,2	39,3	:
Malta	22,1	25,6	22,7	31,4
Niederlande	15,3	23,0	13,2	35,4
Österreich	15,4	36,8	36,2	37,2
Polen	24,8	(16,8)	:	(21,6)
Portugal	26,0	48,8	33,7	51,7
Rumänien	38,5	:	:	:
Slowenien	20,1	50,0	46,0	50,6
Slowakei	18,5	15,9	(13,4)	:
Finnland	16,4	33,8	25,2	39,7
Schweden	15,2	36,6	26,4	47,3
Ver. Königreich	22,1	28,7	23,6	34,9
Island	11,4	19,0	19,8	16,3
Norwegen	13,4	25,8	18,9	39,0
Schweiz	15,7	17,8	15,7	22,1

* Daten für 2012 anstatt 2013.

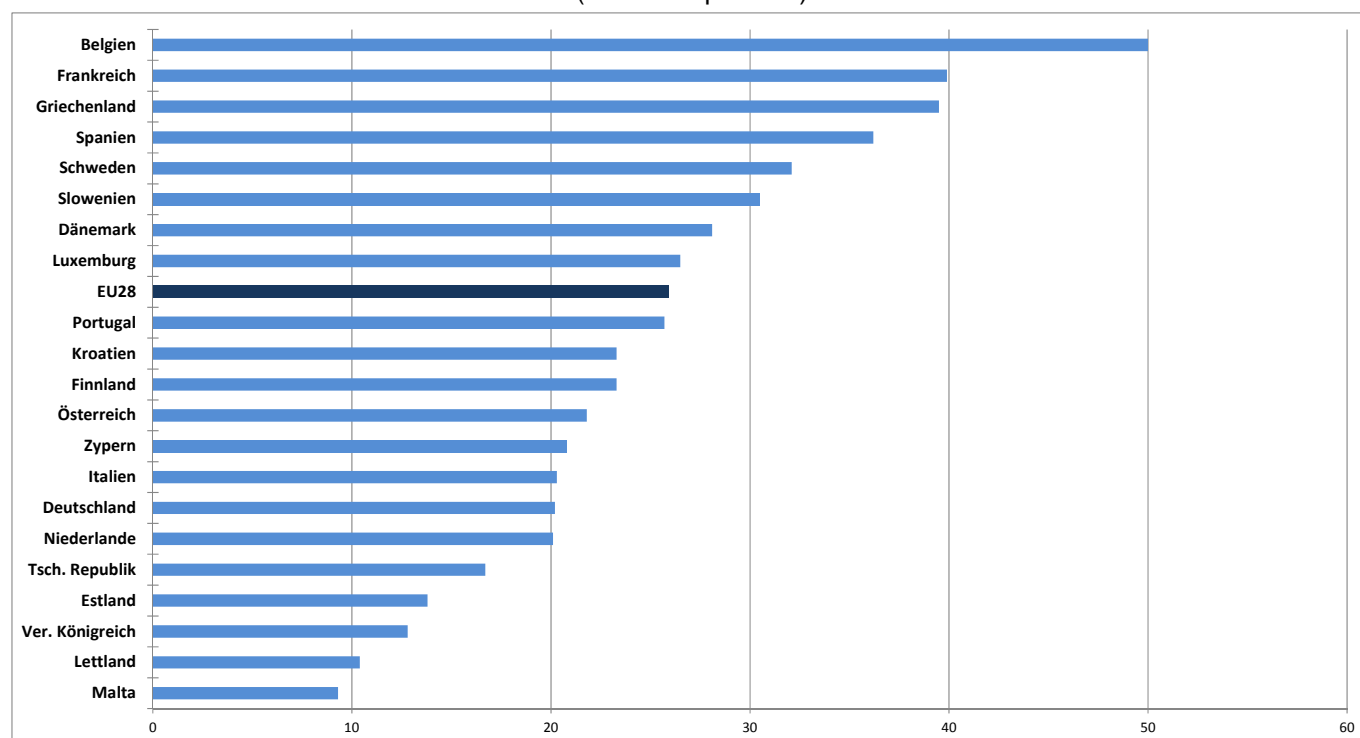
: Daten nicht verfügbar oder auf Grund von geringer Zuverlässigkeit nicht veröffentlicht.

Die in Klammern angegebenen Daten sollten mit Vorsicht verwendet werden, da diese durch eine geringe Stichprobengröße oder eine hohe Nichtbeantwortungsquote beeinträchtigt sein können. Aus diesem Grund werden die Daten der Mitgliedstaaten, die von diesem Unzuverlässigkeitsproblem betroffen sind, bei der Analyse nicht berücksichtigt.

Belgien, Frankreich, Griechenland und Spanien verzeichneten die größten Unterschiede zwischen den Quoten der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Nicht-EU-Bürger und denen der Staatsbürger

Von den Mitgliedstaaten, für die vergleichbare Daten vorliegen⁶, wurden im Jahr 2013 die größten Unterschiede zwischen den Quoten der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Nicht-EU-Bürger im Alter von 18 Jahren oder älter und denen der Staatsbürger in **Belgien** (68,4% für Nicht-EU-Bürger gegenüber 18,4% für Staatsbürger, bzw. ein Unterschied von 50,0 Prozentpunkten) verzeichnet, gefolgt von **Frankreich** (39,9 Pp.), **Griechenland** (39,5 Pp.) und **Spanien** (36,2 Pp.). Auf **EU28**-Ebene lag der Unterschied zwischen den Quoten der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Nicht-EU-Bürger (48,7%) und denen der Staatsbürger (22,8%) im Jahr 2013 bei 25,9 Pp..

Unterschiede zwischen den Quoten der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Nicht-EU-Bürger und denen der Staatsbürger, 2013 (in Prozentpunkten)



Irland, Ungarn, Rumänien und die Slowakei: Daten nicht verfügbar.

Bulgarien, Litauen und Polen: keine Angaben, weil die Zuverlässigkeit der Daten für Nicht-EU-Bürger durch eine geringe Stichprobengröße oder eine hohe Nichtbeantwortungsquote beeinträchtigt ist.

Über die Hälfte der Nicht-EU-Bürger, die in Griechenland wohnen, leiden unter erheblicher materieller Deprivation

In allen EU28-Mitgliedstaaten, für die vergleichbare Daten vorliegen⁶, ist der Anteil der Nicht-EU-Bürger im Alter von 18 Jahren oder älter, die unter erheblicher materieller Deprivation leiden, höher als der der Staatsbürger, außer in **Malta**. Die Anteile für Nicht-EU-Bürger reichten von 56,8% in **Griechenland** bis 3,7% in **Luxemburg** und für Staatsbürger von 42,7% in **Bulgarien** bis 1,0% in **Luxemburg** und **Schweden**.

Von den Mitgliedstaaten, für die vergleichbare Daten vorliegen⁶, wurden im Jahr 2013 die größten Unterschiede zwischen den Quoten der Nicht-EU-Bürger im Alter von 18 Jahren oder älter, die unter erheblicher materieller Deprivation leiden, und denen der Staatsbürger in **Griechenland** (56,8% für Nicht-EU-Bürger gegenüber 17,6% für Staatsbürger, ein Unterschied von 39,2 Prozentpunkten) verzeichnet, gefolgt von **Belgien** (28,8 Pp.), **Portugal** (20,9 Pp.) und **Frankreich** (20,4 Pp.). Die niedrigsten Unterschiede wurden hingegen in **Malta** (8,6% für Nicht-EU-Bürger gegenüber 9,1% für Staatsbürger, ein Unterschied von 0,5 Prozentpunkten), **Luxemburg** (2,7 Pp.) und in den **Niederlanden** (3,4 Pp.) registriert. Auf **EU28**-Ebene lag der Unterschied zwischen den Quoten der erheblicher materieller Deprivation von Nicht-EU-Bürgern (20,7%) und Staatsbürgern (8,9%) im Jahr 2013 bei 11,8 Pp..

Quote der erheblichen materiellen Deprivation, nach Staatsangehörigkeitsgruppe, 2013

(Bevölkerung im Alter von 18 Jahren oder älter)

	Staatsbürger des Meldelandes (Staatsbürger)	Nichtstaatsangehörige	davon:	
			Staatsbürger eines anderen EU Mitgliedstaats	Nicht-EU-Bürger
EU28	8,9	14,7	(7,4)	20,7
Belgien	3,8	16,0	7,0	32,6
Bulgarien	42,7	51,1	:	(56,2)
Tsch. Republik	6,3	12,1	7,0	17,3
Dänemark	3,6	9,3	0,0	17,0
Deutschland	5,0	7,0	2,9	12,7
Estland	6,4	14,5	(3,2)	14,8
Irland*	8,7	9,4	:	:
Griechenland	17,6	53,5	38,5	56,8
Spanien	4,4	16,5	9,0	20,6
Frankreich	4,1	16,6	4,8	24,5
Kroatien	14,9	22,2	:	27,8
Italien	11,2	23,3	19,8	24,9
Zypern	14,8	18,9	18,7	19,2
Lettland	22,0	32,2	(12,8)	32,4
Litauen	15,4	(28,4)	:	(30,6)
Luxemburg	1,0	2,4	2,2	3,7
Ungarn	25,0	23,8	31,8	:
Malta	9,1	4,2	2,0	8,6
Niederlande	2,4	5,3	4,9	5,9
Österreich	2,7	12,2	8,8	14,3
Polen	11,7	9,8	:	(15,1)
Portugal	9,9	28,6	17,1	30,8
Rumänien	27,2	:	:	:
Slowenien	6,3	21,5	14,4	22,6
Slowakei	9,6	8,9	6,2	:
Finnland	2,6	6,2	1,5	9,5
Schweden	1,0	5,4	3,9	7,0
Ver. Königreich	6,9	10,6	6,7	15,2
Island	1,4	4,3	5,4	1,2
Norwegen	1,6	4,3	0,9	10,8
Schweiz	0,7	2,0	1,9	2,4

* Daten für 2012 anstatt 2013.

: Daten nicht verfügbar oder auf Grund von geringer Zuverlässigkeit nicht veröffentlicht.

Die in Klammern angegebenen Daten sollen mit Vorsicht verwendet werden, da diese durch eine geringe Stichprobengröße oder eine hohe Nichtbeantwortungsquote beeinträchtigt sein können. Aus diesem Grund werden die Daten der Mitgliedstaaten, die von diesem Unzuverlässigkeitsproblem betroffen sind, bei der Analyse nicht berücksichtigt.

Höchste Überbelegungsquote bei Nicht-EU-Bürgern in Italien, niedrigste in den Niederlanden

In allen EU28-Mitgliedstaaten, für die vergleichbare Daten vorliegen⁶, ist die Überbelegungsquote bei Nicht-EU-Bürgern im Alter von 18 Jahren oder älter deutlich höher als bei Staatsbürgern eines anderen EU-Mitgliedstaats. Im Jahr 2013 lebte die Mehrheit der Nicht-EU-Bürger in **Italien** (55,7%), **Kroatien** (52,4%) und **Griechenland** (51,3%) in einem überbelegten Haushalt. Der Anteil lag in den **Niederlanden** (4,6%), **Zypern** (5,5%) und **Malta** (8,6%) bei unter 10%.

Von den Mitgliedstaaten, für die vergleichbare Daten vorliegen⁶, wurden im Jahr 2013 die größten Unterschiede zwischen den Anteilen der Nicht-EU-Bürger im Alter von 18 Jahren oder älter, die in einem überbelegten Haushalt lebten, und denen der Staatsbürger in **Slowenien** (47,8% für Nicht-EU-Bürger gegenüber 13,4% für Staatsbürger, ein Unterschied von 34,4 Prozentpunkten) verzeichnet, gefolgt von **Italien** (33,2 Pp.), **Schweden** (30,2 Pp.) und **Österreich** (29,6 Pp.), während die geringsten Unterschiede in **Lettland** (1,1 Pp.), den **Niederlanden** (2,0 Pp.) und **Zypern** (3,8 Pp.) registriert wurden. Auf **EU28**-Ebene betrug der Unterschied zwischen den Überbelegungsquoten für Nicht-EU-Bürger (32,0%) und für Staatsbürger (15,3%) im Jahr 2013 16,7 Pp..

Überbelegungsquote nach Staatsangehörigkeitsgruppe, 2013

(Bevölkerung im Alter von 18 Jahren oder älter)

	Staatsbürger des Meldelandes (Staatsbürger)	Nichtstaatsangehörige	davon:	
			Staatsbürger eines anderen EU Mitgliedstaats	Nicht-EU-Bürger
EU28	15,3	25,1	(15,6)	32,0
Belgien	1,1	7,2	2,8	15,4
Bulgarien	40,7	(42,8)	:	(45,6)
Tsch. Republik	18,6	26,0	18,9	33,3
Dänemark	8,2	26,4	18,1	33,2
Deutschland	5,8	16,7	9,8	25,5
Estland	16,6	27,3	(19,2)	27,5
Irland*	2,3	6,7	:	:
Griechenland	24,7	48,6	36,3	51,3
Spanien	3,8	11,8	3,8	16,2
Frankreich	6,0	21,1	7,1	30,5
Kroatien	39,6	39,4	:	52,4
Italien	22,5	50,8	40,1	55,7
Zypern	1,7	5,4	5,3	5,5
Lettland	34,3	35,2	18,5	35,4
Litauen	24,5	(30,7)	:	(33,1)
Luxemburg	2,4	10,3	8,7	20,3
Ungarn	41,1	37,8	41,3	:
Malta	3,4	3,9	1,6	8,6
Niederlande	2,6	2,8	1,4	4,6
Österreich	9,7	35,9	30,7	39,3
Polen	41,1	(42,5)	:	(62,0)
Portugal	9,6	28,6	9,1	32,3
Rumänien	48,8	:	:	:
Slowenien	13,4	46,4	37,6	47,8
Slowakei	37,3	(37,8)	(36,0)	:
Finnland	6,8	14,1	9,8	17,1
Schweden	10,1	25,7	11,8	40,3
Ver. Königreich	5,4	19,3	17,5	21,6
Island	6,6	34,3	37,8	23,8
Norwegen	4,7	19,9	17,1	25,2
Schweiz	3,7	15,7	6,4	34,5

* Daten für 2012 anstatt 2013.

: Daten nicht verfügbar oder auf Grund von geringer Zuverlässigkeit nicht veröffentlicht.

Die in Klammern angegebenen Daten sollen mit Vorsicht verwendet werden, da diese durch eine geringe Stichprobengröße oder eine hohe Nichtbeantwortungsquote beeinträchtigt sein können. Aus diesem Grund werden die Daten der Mitgliedstaaten, die von diesem Unzuverlässigkeitsproblem betroffen sind, bei der Analyse nicht berücksichtigt.

1. Personen, die von **Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind**, sind von mindestens einer der folgenden drei Lebensbedingungen betroffen: nach Zahlung von Sozialleistungen von Armut bedroht (Einkommensarmut), unter erheblicher materieller Deprivation leidend oder in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit lebend.
2. Personen, die **unter erheblicher materieller Deprivation leiden**, leben unter Bedingungen, die durch fehlende Mittel eingeschränkt sind, und sind von mindestens 4 der folgenden 9 Deprivationskategorien betroffen: Sie sind nicht in der Lage 1) die Miete/Hypothek oder Rechnungen für Versorgungsleistungen pünktlich zu bezahlen, 2) die Wohnung angemessen zu beheizen, 3) unerwartete Ausgaben zu tätigen, 4) jeden zweiten Tag eine fleisch- oder fischhaltige Mahlzeit (bzw. vegetarische Entsprechung) zu haben, 5) einen einwöchigen Jahresurlaub weg von zu Hause zu finanzieren, sich 6) ein Auto, 7) eine Waschmaschine, 8) einen Farbfernseher oder 9) ein Telefon (einschl. Mobiltelefon) leisten zu können.
3. Eine Person wird als in einem überbelegten Haushalt lebend gezählt, wenn dem Haushalt nicht eine Mindestzahl von Räumen zur Verfügung steht, die sich wie folgt bemisst: ein Raum pro Haushalt; ein Raum pro Paar, das in dem Haushalt lebt; ein Raum pro Person ab 18 Jahre; ein Raum für zwei Personen desselben Geschlechts im Alter zwischen 12 und 17 Jahren; ein Raum pro Person zwischen 12 und 17 Jahren, die nicht der vorhergehenden Kategorie zuzuordnen ist; ein Raum für zwei Kinder unter 12 Jahren.
4. Eurostat, „Statistics Explained“ Artikel „**Migrant integration - Social inclusion**“. Auf der Eurostat-Website verfügbar: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Migrant_integration_statistics_-_social_inclusion. Die in dieser Pressemitteilung veröffentlichten Daten können von denen im „Statistics Explained“ Artikel enthaltenen Daten auf Grund von Aktualisierungen nach den Datenauszügen für die Veröffentlichung abweichen.
5. Die **EU-SILC Erhebung** ist die Referenzquelle der EU für vergleichbare Statistiken über Einkommensverteilung, Armut und Lebensbedingungen: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/income_social_inclusion_living_conditions/introduction. Die in dieser Veröffentlichung in Klammern angegebenen Daten sollen mit Vorsicht verwendet werden, da diese durch eine geringe Stichprobengröße oder eine hohe Nichtbeantwortungsquote beeinflusst sein können. Aus diesem Grund werden die Daten der Mitgliedstaaten, die von diesem Unzuverlässigkeitsproblem betroffen sind, bei der Analyse nicht berücksichtigt und sollen mit Vorsicht interpretiert werden.

Herausgeber: **Eurostat Pressestelle**

Vincent BOURGEAIS
Tel: +352-4301-33 444
eurostat-pressoffice@ec.europa.eu

Weitere Auskünfte zu den Daten erteilt:

Piotr JUCHNO
Tel: +352-4301-36 240
piotr.juchno@ec.europa.eu

Eurostat Pressemitteilungen im Internet: <http://ec.europa.eu/eurostat>
Folgen Sie Eurostat auf Twitter: http://twitter.com/EU_Eurostat